

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Martin Haffke

18.01.2021

Indien:

Bauern fürchten deutliche Verschlechterung ihrer Situation durch geplante Agrargesetze

Mehr als 100.000 Menschen protestieren in Indien seit fast zwei Monaten gegen die geplanten Agrargesetze. An den Grenzen der Hauptstadt Neu-Delhi kam es zu tagelangen Sitzstreiks. Landwirte aus unterschiedlichen Bundesstaaten blockierten Straßen und errichteten provisorische Lager. Viele ältere Menschen befinden sich unter den Protestierenden und schlafen im nordindischen Winter bei Regen und Kälte auf der Straße oder in ihren Traktoren. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die unter anderem Wasserwerfer einsetzte.

Die Landwirte argumentieren, dass die neuen Regelwerke es Unternehmen erleichtern würden, sie auszubeuten, und es Konzernen ermöglichen, die Preise zu senken. Während Bauern durch sie bei steigender Nachfrage zwar zu erhöhten Preisen verkaufen könnten, bekämen sie umgekehrt Probleme, den notwendigen Mindestpreis zu erzielen, wenn es ein Überangebot an Waren gibt. Die Regelungen bedrohten jahrzehntelange Konzessionen und Subventionen, raubten den Bauern ihre Verhandlungsmacht und setzten sie den Launen des Marktes aus.

Die drei geplanten Gesetze sollen die Regeln für Verkauf, Preisgestaltung und Lagerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen »liberalisieren«. Diese Vorschriften haben Indiens Landwirte seit Jahrzehnten vor dem »freien Markt« geschützt. Bis heute verkaufen die meisten indischen Bauern den Großteil ihrer Erzeugnisse auf staatlich kontrollierten Großhandelsmärkten, sogenannten Mandis, zu Basispreisen. Diese werden von den

Bundesstaaten gemäß dem Gesetz des Agricultural Produce Marketing Committee (APMC) reguliert. Der Verkauf von Agrarrohstoffen kann nur durch Versteigerung in Mandis erfolgen.

Eine der größten Änderungen durch die geplanten Gesetze soll darin bestehen, dass Bauern ihre Produkte zu einem Marktpreis direkt an private Akteure verkaufen können – landwirtschaftliche Unternehmen, Supermarktketten und Onlinelebensmittelhändler. Zwar können sie bereits jetzt in manchen Bundesstaaten an private Abnehmer verkaufen, doch die Bauern befürchten, dass die Möglichkeit, indienweit außerhalb des »Mandi-Systems« zu verkaufen, letztlich zum Ende der Großhandelsmärkte und der gesicherten Preise führen wird.

Dass die indische Landwirtschaft reformiert werden muss, ist unter Beobachtern wenig umstritten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung arbeitet heute dort – der Sektor erzeugt jedoch kaum ein Sechstel des Bruttoinlandsproduktes. Sinkende Produktivität und mangelnde Modernisierung haben die Einkommen schrumpfen lassen und die Landwirtschaft in Indien seit Jahrzehnten behindert. Die Regierung gewährt den Landwirten Subventionen, befreit sie von Einkommenssteuer und Ernteversicherung, garantiert einen Mindestpreis für 23 verschiedene Produkte und verzichtet regelmäßig auf Rückzahlungen von Schulden. Doch nichts davon hat bisher gefruchtet – niedrige Einkommen und Schulden treiben weiterhin viele Landwirte in Armut und Elend.

Für die Regierung von Narendra Modi stellen die Proteste in dem bis heute von der Agrarwirtschaft geprägten Land ein großes Problem dar. Im Agrarsektor Tätige bilden den größten Wählerblock des Landes, Landwirtschaft ist ein zentrales politisches Thema. Noch am 20. September hatte Modi die Gesetzesvorlagen zum Wendepunkt in der Geschichte der indischen Landwirtschaft erklärt und behauptet, sie würden »eine vollständige Transformation des Agrarsektors sicherstellen« und zig Millionen Landwirten helfen. Dass sich viele Bauern nun von der hindunationalistischen Regierungspartei BJP allein gelassen fühlen, könnte für Modi zum Problem werden.